

5536/AB XX.GP

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Elfriede Madl und Genossen vom 25. Februar 1999, Nr. 5857/J, betreffend finanzielle Beteiligung des Bundes am Projekt Musiktheater - Neubau in Linz, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Mit Schreiben vom 11. August 1998 habe ich dem Herrn Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Dr. Franz Dobusch, mitgeteilt, daß der Bund derzeit schon erhebliche finanzielle Mittel für das Linzer Landestheater in Form von Zweckzuschüssen nach dem Finanzausgleichsgesetz 1997 aufwendet. Es handelt sich um einen jährlichen Betrag von rund 48,8 Millionen Schilling.

Wie ich bereits in der Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 5316/J, vom 4. Dezember 1998, ausgeführt habe, ist im Hinblick auf die Bemühungen der Bundesregierung um die Budgetkonsolidierung sowie die Notwendigkeit der Einhaltung der Maastricht - Kriterien, die eine restriktive Budgetpolitik unumgänglich machen, derzeit von Bundesseite keine weitere finanzielle Beteiligung an dem vom Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz in Angriff genommenen Projekt der Errichtung eines neuen Musiktheaters möglich.